

N I E D E R S C H R I F T

über die Sitzung **des Jugendhilfeausschusses** der Stadt Burgdorf am **28.04.2008**

16.WP/JHA/007

Beginn öffentlicher Teil: 16:30 Uhr
Beginn vertraulicher Teil: 17:37 Uhr

Ende öffentlicher Teil: 17:35 Uhr
Ende vertraulicher Teil: 18:50 Uhr

Anwesend: Vorsitzende

Gersemann, Christiane

Mitglied/Mitglieder

Ethner, Regina
Leykum, Maria
Meinig, Birgit
Rück, Stefanie
Wackerbeck, Ursula

Grundmandatar/e

Prof. Dr. Dr. Wunn, Ina

Vertreter/innen der Jugendverbände

Kardolsky, Thorsten
Schrader, Sonja

Vertreter/innen der Wohlfahrtsverbände/Träger der freien Jugendhilfe

Bittkau, Gisela
Meine, Agnes

Beratende/s Mitglied/er

Kath. Kirche	Beigel, Leo
Vertreterin des örtlichen Kinderschutzbundes	Goldbach, Jutta
Pstor der ev. Kirche	Müller-Brandes, Rainer
Vertreter der Interessen ausländ. Kinder und Jugendlicher	Paul, Matthias
Richter	Dr. Pinkenburg, Hartmut

Verwaltung

Beneke, Ernst-August
Niemann, Jens
Raue, Nicole
Rühling, Andreas
Strecker, Dagobert
Witte, Bernd

TAGESORDNUNG

Öffentlicher Teil

Einwohnerfragestunde

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 25.02.2008
3. Anfragen gemäß Geschäftsordnung
4. Mitteilungen des Bürgermeisters
- 4.1. Verpflichtung eines neuen Ausschussmitgliedes
5. Hausaufgabenhilfe in Burgdorf
Vorlage: 2008 0319
6. Betreuungszeiten Kinderstagesstätte AWO
Vorlage: 2008 0335
7. Jugendhilfeplanung in der Südstadt
- Bericht -
8. Zuschüsse an Jugendgruppen
Vorlage: 2008 0330
9. Jugendschutz im Bereich der Stadt Burgdorf
Vorlage: 2008 0339
10. Anfragen und Anregungen an die Verwaltung

Einwohnerfragestunde

Öffentlicher Teil

Einwohnerfragestunde

- keine -

1. **Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung**

Die Ausschussvorsitzende, **Frau Gersemann**, stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Entschuldigt haben sich Frau Adlunger, Frau Börges und Frau Stichtmann.

Als Gäste werden **Frau Dr. Horst** vom Stadtkindergartenbeirat und **Herr Hustedt** von der örtlichen Polizei begrüßt.

Den Tagesordnungspunkt 5.1 bittet die Ausschussvorsitzende, **Frau Gersemann**, als Tagesordnungspunkt 4.1 vorzuziehen.

Die geänderte Tagesordnung wird einstimmig festgestellt.

2. **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 25.02.2008**

Frau Ethner bittet in der Niederschrift den Tagesordnungspunkt 7) „Kindergartenbedarfsplanung 2008“ dahingehend zu ergänzen, dass **Herr Obst** zur Erweiterung der Kindertagesstätte Otze nicht nur den Dachausbau, sondern auch einen Erweiterungsbau für denkbar halte. Er habe daher die Verwaltung gebeten, beide Vorschläge kostenmäßig zu prüfen.

Die geänderte Niederschrift wird einstimmig genehmigt.

3. **Anfragen gemäß Geschäftsordnung**

- keine -

4. **Mitteilungen des Bürgermeisters**

Herr Strecker berichtet, dass der Verwaltung seit dem 23.04.2008 die Richtlinien des Landes Niedersachsen über die Gewährung von Zuschüssen für Krippen vorlägen. Grundsätzlich sei je neu geschaffenen Krippenplatz ein Zuschuss in Höhe von 13.000,- €, für die Ausstattung eines Krippenplatzes ein Zuschuss in Höhe von 1.500,- € und je Erweiterungsplatz ein Zuschuss in Höhe von 5.000,- € vorgesehen. Allerdings sei die maximale Förderungsmöglichkeit per Kontingent begrenzt. Für 2008 sei für die Stadt Burgdorf ein Kontingent in Höhe von 138.000,- € festgelegt. Es können somit nur bis zu dieser Höhe Fördermittel beantragt werden. Derzeit seien Maßnahmen in Höhe von rd. 240.000,- € für das Jahr 2008 geplant. Im darauffolgenden Jahr seien durch den Neubau der Kita Weststadt Mittel in Höhe von rd. 300.000,- € zur Verfügung zu stellen. Für das Jahr 2008/2009 bestehe damit ein Defizit in Höhe von 400.000,- €.

Über den gesamten Förderungszeitraum sei ein Zuschuss in Höhe von 788.000,- € für die Stadt Burgdorf eingeplant. Hiervon könnten ca. 60 neue Plätze geschaffen werden. Alleine in den Jahren 2008 und 2009 werden 67 neue Plätze eingerichtet, so dass in den darauffolgenden Jahren keine Zuschüsse mehr beantragt werden können. Aufgrund dieses unbefriedigenden Ergebnisses, habe sich die Verwaltung mit dem Kultusministerium in Verbin-

derung gesetzt. Das Kultusministerium habe eingeräumt, dass eine Förderung der Investitionen für die Jahre 2008 und 2009 auch in den nachfolgenden Jahren beantragt werden könne. Die Stadt nehme damit eine Vorfinanzierung für Bund und Land vor.

Die Ausschussvorsitzende, **Frau Gersemann**, stellt aufgrund des zunehmenden Bedarfes fest, dass keine andere Wahl bestehe. Die Fördermittel seien gezwungenermaßen auf die Folgejahre aufzuteilen.

Des Weiteren berichtet **Herr Strecker**, dass ein Fragenkatalog für die möglichen zukünftigen Träger der Kindertagesstätte Nord-West seitens der Verwaltung erarbeitet wurde. Bisher lägen zwei Bewerbungen vor. Es sei vorgesehen, den Fragenkatalog in Kürze den Trägern zukommen zu lassen.

Auf Bitten der Ausschussvorsitzenden, **Frau Gersemann**, wird der Fragenkatalog zuvor den Fraktionen zur Kenntnis gegeben, damit noch Ergänzungen vorgenommen werden können. Sobald eine Einarbeitung erfolgt sei, werde der Fragenkatalog den möglichen Trägern zugehen.

Des Weiteren berichtet **Herr Strecker**, dass der verfassungsrechtliche Schutz von Kindern auch in der Niedersächsischen Landesverfassung einen neuen Schub bekommen solle. Als Grundlage für eine weitere gesetzliche Verbesserung des Kinderschutzes in Niedersachsen solle der Satz „Kinder und Jugendliche genießen den besonderen Schutz des Landes und der Kommunen“ in die Landesverfassung aufgenommen werden. Zudem wurde die Landesregierung gebeten, alsbald einen Gesetzentwurf auf den Weg zu bringen, mit dem ein verbindliches Einladungswesen für Kinderfrüherkennungsuntersuchung eingeführt werde, dem bei Nichtbefolgen der Eltern eine helfende Intervention folgen soll. Außerdem solle die Landesregierung auf Bundesebene u.a. auf die Weiterentwicklung der Kinder- Untersuchungsrichtlinie in Bezug auf Kindesmisshandlung und Vernachlässigung sowie auf Verkürzung der Untersuchungsintervalle drängen. Bislang waren entsprechende Forderungen an den zuständigen Bundesausschuss, Ärzte und Krankenkasse ohne Wirkung geblieben.

Herr Beneke teilt mit, dass hinsichtlich des Ausbaus der Kindertagesstätte Otze derzeit zwei Alternativen geprüft werden. Entweder sei ein Umbau in der Grundschule sowie die Nutzung des derzeitigen Multifunktionsraumes oder aber ein Anbau am Kindergarten vorgesehen. Die Kosten werden zurzeit ermittelt. Sofern ein Anbau an der Kindertagesstätte in Betracht komme, solle dieser krippengerecht erfolgen.

In der Kindertagesstätte Schillerslage sei eine Kapazitätsausweitung für ein weiteres Jahr vorgesehen. Um den Bedarf zu decken, sei eine vierte Kraft eingestellt worden. Die Zusagen für das Kindergartenjahr 2008/2009 werden noch diese Woche erteilt.

Des Weiteren verweist **Herr Beneke** auf den Bericht der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung vom 05. April 2008. Die Elternbeiträge der Stadt Burgdorf seien falsch wiedergegeben. Worauf dieses zurückzuführen sei, könne derzeit noch nicht nachvollzogen werden.

Herr Witte informierte den Jugendhilfeausschuss, dass die Preisverleihung des Jugendliteraturwettbewerbs für den morgigen Abend vorgesehen sei.

Am kommenden Samstag werde auf dem Abenteuergelände im Stadtpark die Aussichtsplattform aufgestellt.

Zudem gäbe es eine neue Arbeitsgruppe, die sich das Ziel gesetzt habe, eine Zeitschrift für Jugendliche ab 12 / 13 Jahren herauszugeben. Diese seien durch den Ferienkompass nicht optimal erreicht. Zu der Arbeitsgruppe gehöre Herr Bleich vom Stadtmarketing, freie Journalisten, interessierte Jugendliche und er selbst. Die Zeitschrift werde vom Stadtmarketing finanziert.

4.1. Verpflichtung eines neuen Ausschussmitgliedes

Die Ausschussvorsitzende, **Frau Gersemann**, begrüßt und verpflichtet **Frau Sonja Schrader** als neues beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss.

5. Hausaufgabenhilfe in Burgdorf Vorlage: 2008 0319

Herr Beneke berichtet, dass die Hausaufgabenhilfe in Burgdorf überwiegend vom Kinderschutzbund sowie der Kirchengemeinde St. Paulus geleistet werde. Die Kirchengemeinde St. Paulus erhalte seit 2004 einen gleichbleibenden Zuschuss in Höhe von 2.000,- €. Da die Kirchengemeinde die Gesamtkosten in Höhe von ca. 13.000,- € durch einen Eigenanteil in Höhe von 7.600,- € zu decken habe, sei nun eine Erhöhung des Zuschussbetrages erforderlich. Der Kinderschutzbund habe im Vergleich Kosten in Höhe von rd. 18.000,- € und erhalte einen Zuschuss in Höhe von 8.000,- €. Eine Vergleichbarkeit zwischen der Kirchengemeinde St. Paulus und dem Kinderschutzbund sei schwierig. Der Kinderschutzbund betreue in der Grund- und Hauptschule I eine offene Gruppe bis zu 30 Kinder, in Ehlershausen 7 bis 9 Kinder, in Otze 6 bis 7 Kinder, in der Weststadt 10 Kinder und im Nachbarschaftstreff Ostlandring 9 Kinder.

Frau Rück betont, dass eine Erhöhung des Zuschusses erforderlich sei. Sie schlage eine Erhöhung auf 6.000,- € vor.

Frau Ethner schließt sich dem Vorschlag an. Sie bittet die Verwaltung, außerplanmäßige Ausgaben zukünftig frühzeitig an die Politik heranzutragen.

Hinsichtlich der Umsetzung im laufenden Jahr schlägt **Herr Strecker** vor, dass der Zuschuss für das Jahr 2008 anteilig nach den Monaten ermittelt wird. Pro Monat wird demnach 1/12 des Betrages ausgezahlt.

Es wird beschlossen:

Der Jugendhilfeausschuss/Ausschuss Wirtschaft und Finanzen empfiehlt dem Verwaltungsausschuss, den nachfolgenden Beschluss zu fassen:

Der jährliche Zuschuss für die Hausaufgabenhilfe der Kirchengemeinde St. Paulus wird auf 6.000,- € erhöht. Für das Jahr 2008 erhält die Kirchengemeinde St. Paulus einen Anteil in Höhe von 4.000,- €.

- Einstimmiger Beschluss-

6. Betreuungszeiten Kinderstagesstätte AWO Vorlage: 2008 0335

Die Ausschussvorsitzende, **Frau Gersemann**, berichtet, dass die Elternvertretung eine sehr umfangreiche und fundierte Befragung durchgeführt habe. Aus

diesem Grunde könne auf einen verlässlichen Bedarf geschlossen werden.

Frau Meinig bestätigt die Einschätzung Frau Gersemanns. Aus diesem Grunde befürworte sie die Einstellung zwei weiterer Betreuungskräfte.

Herr Beneke führt aus, dass bei einem Bedarf von 14 Plätzen zwei zusätzliche Betreuungskräfte erforderlich seien. Nur in einer Kleinkindgruppe von 10 Kindern sei lediglich eine ausgebildete Betreuungskraft erforderlich. Die zweite Person könne jede weitere Person, die sich zum Zeitpunkt der Betreuung in der Kindertagesstätte befände, sein.

Der Wunsch nach zwei zusätzlichen Betreuungskräften für die Betreuungszeit von 12:30 bis 15:00 Uhr sei von der Elternvertretung der Kindertagesstätte der Arbeiterwohlfahrt an die Verwaltung herangetragen worden. Ab dem 01.08.2008 werden jetzt schon 23 Kinder bis 14.00 Uhr betreut. Für 17 Kinder bestehe der Bedarf der Betreuung bis 15:00 Uhr. Fraglich sei, wie verbindlich der Bedarf tatsächlich sei. Hinsichtlich der künftigen Umgehensweise seien drei Möglichkeiten denkbar:

Zum einen könne die Verlängerung der Betreuungszeit bis zum 31.07.2008 befristet werden. Dann könne der tatsächliche Bedarf abgewartet werden. Es könnten jedoch zunächst auch nur die finanziellen Mittel für eine Betreuungskraft bis 15.00 Uhr zur Verfügung gestellt werden und ggf. das Angebot bei entsprechendem Bedarf erweitert werden. Eine weitere Möglichkeit wäre das Betreuungsangebot generell bis 14.00 Uhr zu begrenzen. Die entstehenden Mehrstunden könnten vom vorhandenen Personal mit einer Stundenausweitung abgedeckt werden.

Frau Ethner schlägt vor, zunächst eine Betreuungskraft einzustellen. Sofern der Bedarf tatsächlich höher sei, müsse im nächsten Jahr das Angebot erweitert werden.

Auf Nachfrage **Herrn Beigels** bestätigt **Herr Beneke**, dass für längere Betreuungszeiten auch höhere Gebühren erhoben werden.

Frau Rück plädiert dafür, bei einer entsprechenden Nachfrage auch das entsprechende Angebot vorzuhalten. Wie solle sonst die Kindertagesstätte mit den vier nicht aufgenommenen Kindern umgehen ?

Die Ausschussvorsitzende, **Frau Gersemann**, betont, dass der Wunsch nach erweiterten Betreuungszeiten bereits mehrfach an die Kindertagesstätten herangetragen worden sei. Aus Gründen der Familienfreundlichkeit, sollte dem nachgekommen werden.

Frau Dr. Horst gibt zu bedenken, dass andere Kommunen Betreuungszeiten bis 17.00 Uhr bereitstellen würden. Aus diesem Grunde sei eine Ausweitung der Betreuungszeiten in Burgdorf ebenfalls wünschenswert. Sie betont, dass eine Ausweitung der Betreuungszeit auch Auswirkungen auf den Wirtschaftsfaktor habe. Durch die mögliche Berufstätigkeit der betreuenden Elternteile, sei auch ein höheres Steueraufkommen zu erwarten.

Herr Beneke schlägt vor, dem Antrag der Elternvertretung zu entsprechen. Zunächst solle jedoch nur eine Betreuungskraft eingestellt werden. Sofern der Bedarf tatsächlich höher sei, müsse die Erweiterung um eine weitere Kraft zu Beginn des kommenden Kindergartenjahres erfolgen.

Es wird beschlossen:

Der Jugendhilfeausschuss / Ausschuss Wirtschaft und Finanzen empfiehlt dem Verwaltungsausschuss, den nachstehenden Beschluss zu fassen.

Der Verwaltungsausschuss beschließt, für eine Ausweitung der Betreuungszeit bis 15.00 Uhr in der Kindertagesstätte AWO einen Gesamtbetrag von 17.500,- € zur Verfügung zu stellen. Für 2008 wird ein anteiliger Betrag von 7.300,- € fällig.

Der Betrag für 2008 ist als überplanmäßige Ausgabe zu finanzieren.

- Einstimmiger Beschluss -

**7. Jugendhilfeplanung in der Südstadt
- Bericht -**

Der Bericht des Jugendpflegers, **Herrn Witte**, ist als Anlage beigefügt.

Frau Leykum erkundigt sich nach den sozialen Gruppen „Retschystraße“ und „Die Wölfe“. Ihr sei bekannt, dass dort ein sehr gutes Angebot bestehe. Bei der sozialen Gruppe „Die Wölfe“ läge jedoch eine sehr lange Warteliste vor. Sie habe beobachtet, dass die Probleme in den Grundschulen zunehmen. Wünschenswert sei daher eine Angebotserweiterung.

Herr Niemann erwidert, dass die Gruppen derzeit von jeweils zwei Halbtagskräften betreut werden. Eine Ausweitung des Angebotes sei mit den vorhandenen Kapazitäten nicht möglich.

Frau Dr. Dr. Wunn berichtet, dass ein Informationsdefizit hinsichtlich der Sozialen Gruppen bestehe. Sie bittet daher, in der nächsten Sitzung einen entsprechenden Tagesordnungspunkt aufzunehmen und über die Sozialen Gruppen zu berichten.

**8. Zuschüsse an Jugendgruppen
Vorlage: 2008 0330**

Es wird beschlossen

Der Jugendhilfeausschuss beschließt, den aufgelisteten Jugendgruppen den jeweiligen Zuschuss zu gewähren.

- Einstimmiger Beschluss -

**9. Jugendschutz im Bereich der Stadt Burgdorf
Vorlage: 2008 0339**

Herr Witte informiert, dass sich der Jugendschutz in den präventiven und den kontrollierenden Jugendschutz aufteile. Die Verwaltung versuche, beiden Bereichen gleichmäßig gerecht zu werden. Die Aktivitäten des kontrollierenden Jugendschutzes werden im Verbund mit dem Ordnungsamt und der Burgdorfer Polizei durchgeführt. Der kontrollierende Jugendschutz beziehe sich insbesondere auf Kontrollen der Gaststätten und dem Handel sowie Rucksackkontrollen

zum Schutz der Jugendlichen. Beim Schützenfest seien beispielsweise 48 Flaschen hochprozentigen Alkohols sichergestellt worden.

Die Ausschussvorsitzende, **Frau Gersemann**, bedankt sich im Namen des Ausschusses für die geleistete Arbeit.

10. Anfragen und Anregungen an die Verwaltung

Auf Nachfrage der Ausschussvorsitzenden, **Frau Gersemann**, berichtet **Herr Beneke**, dass hinsichtlich der zusätzlichen Erzieherin in der St. Paulus-Kirchengemeinde ein Kompromiss gefunden werden konnte. Die Differenz zwischen den Personalkosten für eine Kinderpflegerin und Erzieherin trägt die Kirchengemeinde für die nächsten drei Jahre selbst, danach müsse neu verhandelt werden.

Einwohnerfragestunde

- Keine -

Die Ausschussvorsitzende, **Frau Gersemann** schließt die öffentliche Sitzung um 17.35 Uhr.

Die nichtöffentliche Sitzung wird um 17.37 Uhr eröffnet.

Nichtöffentlicher Teil

1. Situation der Jugendlichen in Burgdorf -Bericht-

Die Ausschussvorsitzende, **Frau Gersemann**, begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt **Herrn Rühling** und **Herrn Hustedt**.

Herr Rühling berichtet, dass er inzwischen seit acht Jahren Jugendliche mit unterschiedlichen Ergebnissen beim Erwachsenwerden begleite, betreue, bzw. kennengelernt habe. Es sei festzustellen, dass die Problemlage bei fast allen Jugendlichen gleich bzw. gleichgeblieben sei. Auch im Verlauf der Jahre seien jeweils gleichbleibende Probleme aufgetreten, die jedoch in der Öffentlichkeit unterschiedlich intensiv wahrgenommen wurden. Oftmals werde festgestellt, dass die Probleme wesentlich unproblematischer seien als es den Anschein hat. In der Regel handele es sich um vorübergehende Phasen, die abhängig von den äußeren sozialen Bedingungen seien. Sorgen machen ihm die Jugendlichen, die sich in einem sozial schwachen Umfeld befänden. Frustverhalten sei fast immer auf mangelnde Aufgaben zurückzuführen. Eine Veränderung bei diesen jungen Menschen sei jedoch schwierig, da keine Basis vorhanden sei. Diesen Jugendlichen eine Perspektive zu ermöglichen, sei daher sehr schwierig. Trotzdem sei festzustellen, dass sich auch einige dieser Jugendlichen positiv entwickeln würden.

Zu Beginn seiner Tätigkeit seien insbesondere Anteilsgruppen zwischen 12 und

22 Jahren angesprochen worden. Dies sei inzwischen nicht mehr tragfähig. Die Unterstützung sei bereits früher erforderlich. Inzwischen werden zwei Treffpunkte vorgehalten. Aufgrund der derzeitigen personellen Besetzung sei eine Ausweitung des Angebotes nicht möglich.

Frau Leykum bestätigt die Ausführungen **Herrn Rühlings**. Besorgt beobachtet sie, dass sich immer jüngere Kinder problematisch entwickeln würden. Bereits in der Grundschule erzählen die Kinder am Montag morgen, dass „ihre Eltern alkoholkrank seien, wer wie viel am Wochenende gesoffen habe und sie Gewalterfahrungen gemacht hätten“. Sie mache sich daher große Sorgen um die Entwicklung dieser Kinder. Es sei erforderlich, dass ein breites Freizeitangebot am Nachmittag zur Verfügung stehe.

Ihre Erfahrung mit den von **Herrn Rühling** genannten Treffpunkten sei gut. Sie sei auch über die seit kurzem bestehende Kooperation zwischen der Hauptschule und **Herrn Rühling** froh.

Herr Rühling erläutert, dass er sich an der Hauptschule um vom Unterricht suspendierte Schüler kümmere. Diese werden nach der Suspendierung vom Unterricht zu Herrn Rühling geschickt, um die Gründe für ihr Verhalten zu reflektieren und ihr Verhalten möglichst zu ändern.

Der Standort des Bauwagens am Ostlandring werde bereits seit dem Jahre 2000 insbesondere von Spätaussiedlern gut angenommen. Immer wieder träten jedoch Probleme mit den Nachbarn auf. Der Bauwagen sei jedoch der einzige Weg, um Kontakt zu diesen Jugendlichen herzustellen. Es sei gelungen, Zugang zu den Jugendlichen zu finden und Einflussmöglichkeit zu nehmen. Die jugendlichen Spätaussiedler seien grundsätzlich sehr zugänglich, teils zugänglicher als deutsche Jugendliche. Inzwischen werde die zweite Generation dort betreut. Aus der ersten Generation befinden sich fast alle in der Ausbildung.

Frau Leykum betont, dass das Jugendhilfeangebot erweitert werden müsse, sofern der Bedarf vorhanden sei. Personal müsse in ausreichenden Kapazitäten zur Verfügung gestellt werden. Sie erinnert, dass präventive Kosten geringer seien als Folgekosten.

Auf Nachfrage der Ausschussvorsitzenden, **Frau Gersemann**, berichtet **Herr Rühling**, dass täglich mindestens ein Kind vom Unterricht suspendiert werde. Offiziell sei vereinbart, dass die Kooperation zum nächsten Schuljahr beginne.

Frau Dr. Dr. Wunn erkundigt sich, ob eine Tendenz hinsichtlich der weiteren Entwicklung absehbar sei. **Herr Rühling** erwidert, dass zunehmend mehr Jugendliche betroffen seien. Auf die Frage, welche Gründe hierfür heranzuziehen seien, erwidert **Herr Rühling**, dass die Gründe fast immer im sozialen Bereich zu finden seien. Die Jugendlichen, die nach Deutschland kämen, seien fast immer qualifiziert. Die Ausbildung werde hier jedoch nicht anerkannt, so dass hochqualifizierte Leute ohne Schulabschluss die Schule verlassen. Dieses sei besonders ein bildungspolitisches Problem. Zudem bestehen Integrationsprobleme, da die Jugendlichen nicht wissen, was sie hier tun sollen. **Frau Dr. Dr. Wunn** erkundigt sich, weswegen etliche Maßnahmen wie von **Herrn Rühling** berichtet, teilweise scheitern würden. **Herr Rühling** erwidert, dass es ihm schwer falle, dieses nachzuvollziehen. Trotz Schulabschluss und Berufsausbildung würden immer mehr Jugendliche ihr Leben nicht geregelt bekommen. Evtl. sei Selbstüberschätzung ein Grund. Zu einigen Jugendlichen sei es ihm auch einfach nicht möglich Zugang zu finden.

Frau Leykum bestätigt, dass Integration teils nicht stattfände. Es gäbe jede

Menge begabter Kinder, deren Elternhaus sie nicht im erforderlichen Maß unterstützen. Die Ich-Stärke der Kinder müsse zunehmend gefördert werden. **Herr Rühling** gibt zu bedenken, dass Kindern teilweise existenzielle Grundlagen fehlen, die nicht aufgefangen werden können, wie z.B. Zuwendung. Grenzen seien ihm daher automatisch gesetzt.

Herr Beigel bittet die Polizei, Herrn **Dr. Hustedt** und Herrn **Dr. Pinkenburg** vom Amtsgericht Burgdorf um ihre Einschätzung.

Herr Hustedt bestätigt die Einschätzung **Herrn Rühlings**. Der Alkoholkonsum habe stark zugenommen. Inzwischen werden jährlich rd. 200 Kinder mit einer Alkoholvergiftung ins Krankenhaus eingeliefert. Bei Vandalismus sei ebenfalls eine steigende Tendenz erkennbar. Er betont jedoch, dass Burgdorfer Kinder bzw. Jugendliche nicht schlimmer oder besser seien als Andere. Auffällig sei, dass das „Komasaufen“ und sog. „Vorglühen“ zunehme. Eine Verfehlung sei bei jedem Jugendlichen möglich. Relativ wenige Jugendliche würden wirklich Anlass zur Sorge geben. Oftmals bestehen bei diesen Jugendlichen schwierige familiäre Hintergründe. Aber auch bei überbehütet aufwachsenden Kindern, seien Verfehlungen feststellbar.

Herr Dr. Pinkenburg informiert, dass er als Jugendrichter sowohl für Uetze als auch für Burgdorf zuständig sei. Daneben bearbeite er Schulversäumnisse und Familienangelegenheiten. Auffällig sei, dass er die meisten Jugendlichen bereits aus vorangegangenen Familienverfahren kenne. Beim Tatablauf sei feststellbar, dass der Alkohol eine bedingte Ursache sei. Flüchtige Beleidigungen gehen oftmals voraus. Diese schwellen dann zu körperlicher Gewalt hoch. Nach eigenem Verständnis sei die Hemmschwelle nicht mehr nachvollziehbar. Bei Straftatbegehung im Zusammenhang mit Drogenkonsum, werde den Jugendlichen in der Regel die Teilnahme an dem Projekt „Just in Out“ auferlegt. Die Abbrecherquote sei gering, da bei Nichtteilnahme der Arrest drohe.

Frau Goldbach erkundigt sich, was **Herr Dr. Pinkenburg** von sozialen Diensten als Strafmaß halte. **Herr Dr. Pinkenburg** erwidert, dass es schwierig sei, eine geeignete Stelle zu finden.

Herr Niemann führt aus, dass auch das Ansehen der Jugendlichen in der Öffentlichkeit problematisch sei. Die Treffpunkte würden keine Akzeptanz finden. Er sehe daher die Erforderlichkeit, bei städtebaulichen Planungen auch Angebote für Jugendliche zu berücksichtigen. Als noch sechs Treffpunkte vorgehalten wurden, sei das Beschwerde-Management ein Vollzeitjob gewesen. Zusätzliches Personal sei in allen Bereichen erforderlich. Fehlende elterliche Leistungen, könne jedoch auch durch die Jugendhilfe nicht kompensiert werden.

Herr Beigel bittet die Verwaltung, sich bei wenigen Mitteln auf das Wichtigste zu konzentrieren. Hinsichtlich des steigenden Alkoholkonsums muss insbesondere den Händlern verdeutlicht werden, welche Konsequenz der Verkauf von Alkohol an Jugendliche unter 18 Jahren haben kann. **Herr Hustedt** berichtet, dass alle Verkaufsstellen über das Projekt „Halt“ informiert werden.

Herr Paul kritisiert, dass zu wenig Zeit für Jugendliche vorhanden sei. Es müsse daher geprüft werden, wie die gesellschaftliche Akzeptanz der Jugendlichen erhöht werden könne. Vereine und Verbände müssten stärker sensibilisiert werden, um Jugendliche besser einzubeziehen.

Frau Leykum bittet die Verwaltung, die notwendige Personalaufstockung vor der nächsten Haushaltsplanberatung darzustellen.

Frau Goldbach bittet die Verwaltung, unter Beteiligung aller weiteren Stellen ein Konzept zur Entwicklung eines kinder- und jugendgerechten Wohnumfeldes zu erstellen. Sie rät, professionelle Hilfe hinzuzuziehen.

Herr Rühling gibt zu bedenken, dass Kinder und Jugendliche das leben, was ihnen von den Erwachsenen vorgelebt werde. Aus diesem Grunde muss auch das Verhalten der Erwachsenen überdacht werden.

Die Ausschussvorsitzende, **Frau Gersemann**, fasst zusammen, dass viele Denkanstöße geleistet wurden, die nicht in Vergessenheit geraten dürfen, sondern umgesetzt werden müssen.

Die Ausschussvorsitzende, **Frau Gersemann**, schließt die nichtöffentliche Sitzung um 18:50 Uhr.

- Geschlossen -

Bürgermeister

Ausschussvorsitzende

Protokollführerin